UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Friedensforschung - das ungeliebte Kind: die Finanzierung der Friedensforschung und ihr geplantes Ende

Christoph Weller

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Weller, Christoph. 1992. "Friedensforschung - das ungeliebte Kind: die Finanzierung der Friedensforschung und ihr geplantes Ende." *was uns betrifft: Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende* 22 (4): 16–17. https://wub.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/wub-1992Jgg/wub%20%201992-4.pdf.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Friedensforschung – das ungeliebte Kind

Die Finanzierung der Friedensforschung und ihr geplantes Ende

Von Christoph Weller *

„Der Krieg wurzelt offensichtlich weniger – wenngleich auch – in den Gesinnungen der einzelnen, als vielmehr in den Ordnungen und Unordnungen der Gemeinschaften. Seine Ursachen sind trotz der jeweiligen Kriegsgewinnler nicht privater, sondern politischer Natur. Sie erwachsen aus Gewohnheiten, Vorurteilen, Sozialordnungen und Herrschaftsformen. Deshalb brauchen wir eine Erforschung dieser Zusammenhänge. Wir brauchen eine Friedensforschung."

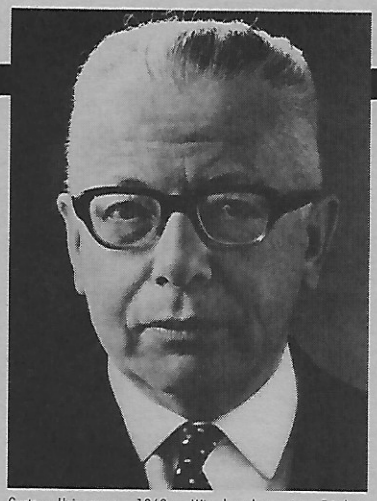
Die hier zitierte Forderung Gustav Heinemanns, am 30. Jahrestag des Kriegsbeginns 1969 erhoben, entsprang der Erinnerung des Krieges. Sie entsprang dem Willen, Konflikten zwischen Staaten und Kriegen nicht mehr nur hilflos gegenüberzustehen und der Gewalt ausgeliefert zu sein, sondern sie schon in ihrem Entstehen erkennen und möglicherweise verhindern zu können, indem Strukturen geschaffen werden, in denen Konflikte ohne Gewalt ausgetragen werden können.

Doch die großen, friedlichen Umwälzungen 1989 ließen bei einigen die Illusion entstehen, jetzt sei der Frieden ausgebrochen, die Ost-West-Konfrontation überwunden und damit auch die Friedens- und Konfliktforschung nicht mehr so nötig. Weil das Geld knapp ist und Steuererhöhungen nur für Kriege durchsetzbar erscheinen (wie 1991), wurden die Mittel zur Forschungsförderung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung von 1991 auf 1992 um 30 % gekürzt. Die Bundesregierung hielt die Friedens- und Konfliktforschung zwar nach wie vor für „*unverzichtbar*", wies aber in bezug auf die Kürzungen darauf hin, man müsse „*insbesondere in Zeiten der Abrüstung auch mit solchen Kürzungen leben*". Die mittelfristige Finanzplanung des Bundesforschungsministeriums sieht vor, daß die Forschungsförderung ab 1995 ganz gestrichen werden soll – ein Rückfall in die 60er Jahre, hinter Heinemann.

Mehr Konflikte – aber weniger Friedensforschung?

Eigentlich wäre nach den Umwälzungen von 1989 und der deutschen Vereinigung eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Friedens- und Konfliktforschung angesagt gewesen. Nicht nur, weil „*eine zunehmende Zahl regional sich*

entwick
stehung
setzung
interdis
schung
geeigne
gen sys
Grundl
beraten
dens-
Forschu
deutsch
Mittel
en Bu
schaftli
forschu
ten. Au
erdrück
gionale
pa, glo
sich zie
Nord-S
wachse
sendes
Untersu
wurden
Institut
schen



Gustav Heinemann, 1969: „Wir brauchen eine Friedensforschung." Foto: dpa

entwickelnder Konflikte befriedet und die Entstehung künftiger kriegerischer Auseinandersetzungen verhindert werden müssen, und die interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung wie kein anderer Wissenschaftszweig geeignet ist, zu diesen Zwecken die Erfahrungen systematisch aufzuarbeiten und auf dieser Grundlage die aktuelle Politik einschlägig zu beraten", wie die Senatskommission für Friedens- und Konfliktforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft feststellte. Auch die deutsche Vereinigung hätte eine Erhöhung der Mittel notwendig gemacht, weil es in den neuen Bundesländern Ansätze für eine wissenschaftlich qualifizierte Friedens- und Konfliktforschung gab, die Unterstützung verdient hätten. Außerdem besteht, gerade angesichts der erdrückenden Weltprobleme, zunehmender regionaler und ethnischer Konflikte auch in Europa, globaler Gefährdungen, die Konflikte nach sich ziehen, und der sich weiter verschärfenden Nord-Süd-Problematik sowohl ein ständig wachsender Bedarf als auch ein ständig wachsendes Interesse an friedenswissenschaftlichen Untersuchungen. An zahlreichen Hochschulen wurden in den letzten Jahren Arbeitskreise und Institute gegründet, was zeigt, daß es viele Menschen gibt, die sich wissenschaftlich fundiert der angeschnittenen Probleme mit viel Energie und Engagement annehmen wollen. Die große, kollektive Hilflosigkeit gegenüber dem Krieg und dem Morden im ehemaligen Jugoslawien, vom Außenminister über die EG bis hin zu KSZE und UNO zeigt, wie sehr die wissenschaftliche Analyse in diesem Bereich not tut.

Gerade die Friedens- und Konfliktforschung als interdisziplinäre Wissenschaft ist in der Lage, die verschiedenen Aspekte und Ursachen der Konflikte in den Blick zu bekommen und Lösungswege aufzuzeigen. Dies geht nicht in Schnell-schnell-Studien, die heute angefordert morgen schon auf dem Tisch liegen sollen, sondern nur auf der Grundlage eingehender, interdisziplinär angelegter Theorieentwicklung. Diese interdisziplinäre Grundlagenforschung wird durch die normale, fachbezogene Forschungsförderung nicht gestützt; doch nur wenn sie weiter betrieben werden kann, ist der erreichte wissenschaftliche Standard der Friedens- und Konfliktforschung zu halten.

Ein Tausendstel der Golfkriegsausgaben

Allerdings: Die Summe, die heute in Deutschland für die Friedens- und Konfliktforschung aufgewendet wird, ist mehr als bescheiden, sowohl im Vergleich zu anderen europäischen Ländern oder den USA als auch angesichts der Aufgaben und Herausforderungen, die oben beschrieben wurden, vollends im Vergleich zu den Milliardenbeträgen, die in Militär und Rüstungsforschung „investiert" werden. Auf Gefährdungen des Friedens wird immer noch zuerst mit der Umstrukturierung des Militärs und der Ausweitung seines Einsatzgebietes reagiert, statt mit vermehrten Anstrengungen nach Verfahren friedlichen Konfliktmanagements zu suchen. Noch nicht einmal ein Tausendstel der Summe, die Deutschland den Alliierten im Golf-Krieg überwiesen hat (über 17 Mrd. DM), steht jährlich der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland insgesamt zu Verfügung: etwa 13 Millionen DM. Und davon werden noch erhebliche Mittel von Stiftungen und den Kirchen (insbesondere für die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg, FEST) aufgebracht. Nur 2,29 Mio. DM kommen 1992 vom Bund, ein Betrag, den der Verteidigungsminister innerhalb von knapp 6 Stunden für die militärische Forschung ausgibt, wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Edelgard Bulmahn errechnete. Einsichtiger zeigen sich da einzelne Bundesländer, so etwa Hessen, das die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HFSK) mit über 2 Mio. DM im Jahr unterstützt, oder Hamburg mit seinen Mitteln für das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH). Auch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind in der Liste der Geberländer mit mehr, aber eher weniger bedeutenden Beträgen aufgeführt. Ansonsten bleibt die Kasse dicht. Darum hat Anfang des Jahres die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) von der Bundesregierung gefordert, neben einer kontinuierlichen Normalförderung der Friedens- und Konfliktforschung, wie sie anderen Wissenschaften gewährt wird, zusätzliche Mittel für neue Forschungsbereiche, etwa die Konversionsforschung, bereitzustellen: *„Eine Gesellschaft, die an ihrer Wissenschaft spart, gibt sich selbst auf! Deshalb appellieren wir an die Öffentlichkeit und die Verantwortlichen in Gesellschaft und Politik, die Kürzungen der Fördermittel für Friedens- und Konfliktforschung rückgängig zu machen, auf die geplante Streichung dieser Mittel zu verzichten und zusätzliche Mittel für Sonderforschungen in diesen Bereichen bereitzustellen."* Wir brauchen die Friedensforschung und wir müssen sie auch fördern. ■

* **Christoph Weller** ist Mitarbeiter in der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Tübingen.

Zeichnung: die tageszeitung